

Von Köpfen, von Füßen und von den Menschen in der 2-2-6-Gesellschaft

Autor(en): **Ringger, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **82 (2004)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341837>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von Köpfen, von Füßen und von den Menschen in der 2-2-6-Gesellschaft

Seit 12 Jahren wird in der Schweiz und anderswo erfolgreich umverteilt, wird die Arbeitsintensität erheblich verdichtet, nehmen prekäre Arbeitsverhältnisse zu. Er-

Beat Ringger

gebnis dieses Prozesses ist nicht die viele Jahre beschworene Zweidrittelgesellschaft. Ergebnis ist vielmehr die 2-2-6-Gesellschaft: Auf zwei Reiche und Superreiche kommen zwei Arme, die in prekären Verhältnissen leben. Die übrigen sechs müssen sich zunehmend abstrampeln, um nicht deklassiert zu werden und in die Armutsfalle zu geraten.

Auf dem Hintergrund dieser neuen sozialen Folie führt das Schweizer Bürgertum eine Welle von Angriffen auf den Sozialstaat. Die Fiskal- und Sparpolitik spielt die Rolle des archimedischen Punktes, an dem der Hebel angesetzt wird. Einbussen sollen dabei nicht nur die Armen, sondern neu auch die Mittelschichten erleiden. Wie werden diese Mittelschichten reagieren? Wer gewinnt den Kampf um ihre Köpfe? Kommt es zu einer Verstärkung des aktiven Widerstandes unter Beteiligung dieser Schichten, z.B. im Rahmen gewerkschaftlicher Mobilisierungen?

Wenn dieser Artikel erscheint, werden wir wissen, in welchem Masse Couchepin, Blocher, Merz und ihre GesinnungsgenossInnen in den Abstimmungen vom 16. Mai erfolgreich sind. Wie immer jedoch die Ergebnisse dieses Urnenganges lauten werden: Mit dem 16. Mai ist der bürgerliche

Angriff auf den Sozialstaat und den Service public auch dann nicht vorbei, wenn das Steuerpaket abgelehnt wird.

Auch bei einem Nein zur Steuerreform sind wir mit kantonalen Sparpaketen konfrontiert, die an die Substanz gehen. Auf nationaler Ebene sind neue Sparrunden angekündigt, noch bevor das laufende «Entlastungspaket» überhaupt greift, und alt Bundesrat Villiger hat als seine letzte magistrale Tat Ende 2003 eine Reform der Unternehmensbesteuerung in die Wege geleitet, die dem Bund Einnahmeherausfälle in der Höhe von jährlich rund 800 Millionen Franken bescheren würde.

Verglichen mit dieser laufenden Spar- und Steuersenkungseuphorie hat all das, was bisher an Abbaumassnahmen durchgeführt wurde, den Charakter einer Schürfwunde. Jetzt aber wird zu einem tiefen Schnitt ins Fleisch angesetzt. Die Stadt Zürich zum Beispiel rechnet mit Steuereinbussen von 20%, sollten all die bereits eingeleiteten und die geplanten Massnahmen verwirklicht werden.

Auffallend ist: All diese Steuer- und Sparpakete werden keineswegs aus einer «Notlage» heraus lanciert. Sie sind seit Jahren so angelegt, dass sie zu einer Negativspirale aus Steuersenkungs- und Sparrunden führen.

Warum führt das Bürgertum eine solch angriffige Politik, gefährdet damit den «sozialen Frieden» und richtet wirtschaftspolitisch bedeutende Flurschäden an? Warum diese Attacke auf die Qualität der Infrastrukturen und des Service public?

Das Bürgertum hat «versagt»

Im internationalen Vergleich ist die Steuerbelastung in der Schweiz tief; die Lage ist alles andere als «dramatisch», wie uns bürgerliche Kolumnisten notorisch weismachen wollen.

Trotzdem ist die Sparpolitik durch ein reelles Problem unterlegt: Die Ausgaben für öffentliche Leistungen sind in den letzten Jahren deutlich rascher gestiegen als das Bruttosozialprodukt. Der Hauptgrund liegt in der miserablen Wirtschaftsleistung der letzten 20 Jahre. Die Schweiz hat die schlechteste Wachstumsrate aller OECD-Länder aufzuweisen. Deshalb hat ein eigentlich normaler Anstieg der Sozialausgaben zu einem wachsenden relativen Anteil geführt. Wäre das Wachstum der Schweizer Wirtschaft gleich hoch gewesen wie der Schnitt der EU-Länder, dann wäre der Staatsanteil am BSP in diesen Jahren stabil geblieben.

Paradoxerweise belegt die Schweiz bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit jedoch in allen internationalen Ratings immer Spitzenplätze. Die Beurteilungskriterien und -verfahren stammen dabei in der Regel aus neoliberal gefärbten Instituten. Wie passt das zusammen, super Standortvorteile einerseits, kleinstes Wachstum andererseits?

Es passt überhaupt nicht zusammen! Irgendwer macht da was «falsch». Entweder sind sämtliche Beurteilungskriterien für das Standort-Ranking vollkommen irrelevant – oder aber die Mächtigen in der Schweiz «versagen» auf der ganzen Linie.

Und genau dies Zweite ist der Fall: Die wichtigsten Machtzentren des Schweizer Bürgertums waren in den letzten 20 Jahren kaum mehr am Standort Schweiz interessiert. Die Grossbanken und Konzerne wie Nestlé oder ABB operieren in erster Linie auf globaler Ebene. Für sie ist die Schweiz vor allem interessant wegen ihrer Steuervorteile und als Steuerhinterziehungsparadies («Bankgeheimnis») – ei-

ner der massgebenden Gründe für die hohe Priorität, die das Steuerthema hier zu Lande hat.

Die übrigen Teile des Schweizer Unternehmertums sind zu schwach und ideologisch zu verunsichert, um die eigenen Anliegen gegenüber dieser Machtelite genügend zur Geltung zu bringen. Das Innovationspotenzial der Schweizer Realwirtschaft wird deshalb schlecht gestützt oder gar abgewürgt. So verfügte die Schweiz während beinahe 15 Jahren im Bereich nachhaltiger Technologien und Verfahrenskonzepte über ein hohes Potenzial an engagierten Fachleuten und über einen beträchtlichen Technologie- und Know-how-Vorsprung. Dieses Potenzial wurde verspielt oder gar aktiv bekämpft, weil es im globalen Monopoly nicht von Interesse war und weil ihre TrägerInnen ideell nicht dem Gesinnungsmuster der Herren Mühlemann und Co. entsprachen (dies im Gegensatz etwa zu Dänemark, das in der Windenergienutzung eine führende Stellung aufgebaut hat).

Das Schicksal der Swissair – bei der die Crème de la Crème der Schweizer Wirtschaftswelt im Verwaltungsrat sass – spiegelt dabei das Auseinanderklaffen von «Global Players» und «Local Nobodies». Nur das Beste war gut genug: Eine hoch riskante Strategie sollte der Airline zu einem Spitzenplatz im globalen Game verhelfen – koste es, was es wolle. Das Ergebnis ist bekannt und hat die Steuerzahler nicht nur mit Milliardenbeträgen belastet, sondern zudem das Qualitäts- und Stabilitätsimage der Schweizer Wirtschaft belastet.

Das amerikanische Bürgertum hat sich nie gescheut, im Bedarfsfall tief in die keynesianische Werkzeugkiste zu greifen und schreckt auch vor offenkundigem Protektionismus nicht zurück. Ihre Schweizer Kollegen aber sind päpstlicher als der Papst. So hat die Nationalbank während der langen und kritischen 90er-Jahre eine Hochzinspolitik verfolgt, die einen viel zu

Super Standortvor-

teile und kleinstes

Wachstum:

Das passt überhaupt

nicht zusammen!

hohen Frankenkurs zur Folge hatte und dazu führte, dass der Wiederaufschwung hier zu Lande vier Jahre Verspätung erhielt – und deshalb grad wieder in den nächsten Abschwung fiel, noch bevor er sich richtig hätte entfalten können.

Auch ein Ablenkungsmanöver

Warum erwähne ich dies alles in einem Artikel zur Steuerpolitik? Weil ein Teil der Aggressivität, mit der die Rechtsbürgerlichen in der Schweiz zurzeit zugange sind, auf diesem Hintergrund besser verständlich wird. Denn noch bevor die Schweizer Öffentlichkeit überhaupt nachvollziehen kann, in welchem Masse die herrschende Schicht in der Pflege und Entwicklung des Standortes Schweiz versagt hat, kommt die nächste Attacke: Nicht nur, aber auch ein gross angelegtes Ablenkungsmanöver, getreu dem Motto «Angriff ist die beste Verteidigung».

Die Bürgerlichen sind dabei unverfroren genug, uns jetzt noch mehr von dem Gift zu verschreiben, das schon in den 90er-Jahren zur Bremsung des Wachstums geführt und den Lohnabhängigen ein verlorenes Jahrzehnt beschert hat: Noch mehr Umverteilung zu Gunsten der Reichen, noch mehr Abbau beim Service Public, noch stärkere Rückbindung der Kaufkraft der Bevölkerung.

Das ist sozialpolitisch «gefährlich» und wirtschaftspolitisch dumm. Aber es ist folgerichtig, wenn man vermeiden will, dass die Bevölkerung eine ungeschminkte Bilanz aus 20 neoliberalen Jahren zieht. Die Leute müssen davon abgehalten werden zu realisieren, dass die neoliberale Politik gemessen an ihren Bedürfnissen gründlich versagt hat. Sie sollen im Gegenteil glauben, der Neoliberalismus sei einfach noch zu wenig konsequent angewandt worden, um seine positiven Wirkungen entfalten zu können.

Damit hat aber die Unverfrorenheit noch kein Ende. Der nächste Schachzug besteht

nämlich darin, den Angriff so zu führen, dass die Angegriffenen aus freien Stücken nach den Waffen rufen, mit denen sie geschröpft werden sollen. Diese Waffen sind die Steuer- und Sparpolitik und die soziale Diffamierung.

Bevor ich darauf näher eingehe, noch ein Wort zur erwähnten sozialpolitischen Folie, auf deren Hintergrund sich die aktuellen Auseinandersetzungen abspielen, der 2–2–6-Gesellschaft.

Die 2–2–6-Gesellschaft

Das Bundesamt für Statistik unterscheidet drei Einkommensgruppen: Die wohlhabende Gruppe umfasst 18% der Bevölkerung, die der Einkommensschwachen 24% und die mittlere Einkommensgruppe 58%.

Wie ist es diesen drei Segmenten in den letzten zehn Jahren ergangen? Eine im Auftrag des seco erstellte Studie kommt für die Jahre 1991 bis 1998 zu folgenden Ergebnissen: Die Studie interessiert sich für das verfügbare Einkommen als massgebende Grösse dafür, was sich die Menschen im Alltag wirklich leisten können. Dieses verfügbare Einkommen berechnet sich aus Gesamteinkommen (Löhne, Sozialtransfers, Kapitaleinkommen usw.) minus allen Zwangsabgaben (Steuern, Beiträge an Sozialversicherungen und Krankenkassen, Miete).

Ergebnis: Die einkommensschwachen Haushalte haben massiv verloren. Die ärmsten 10% aller Haushalte mussten eine Einbusse des verfügbaren Einkommens von 15,3% hinnehmen, die nächsten 15% eine Einbusse von 11%. Bei der mittleren Einkommensgruppe stagnierte das verfügbare Einkommen. Bei den 10% Reichsten nahm es hingegen beträchtlich zu, nämlich um 12,4%.¹ Diese Zahlen belegen eindrücklich die beträchtliche Umverteilung der letzten zehn Jahre.

¹ Alle Angaben aus dem Sozialalmanach 2004 der Caritas, Luzern 2003.

Die Leute sollen nicht realisieren, dass die neoliberale Politik gründlich versagt hat.

In der 2-2-6-Gesellschaft ist der Grossteil der Bevölkerung vom sozialen Abstieg bedroht.

Betrachten wir die Lage der Mittelschichten noch etwas genauer. Da ist nicht nur die Stagnation der verfügbaren Einkommen, sondern zusätzlich eine starke Verunsicherung bezüglich der sozialen Stellung und der Lebensperspektiven. Zum ersten Mal seit 50 Jahren müssen die Angehörigen dieser Schichten feststellen, dass sie von einem Tag auf den andern von einem beträchtlichen sozialen Abstieg bedroht sein können. Es sind nicht mehr nur die schlecht qualifizierten Hilfskräfte, die den Gang auf die RAV antreten, es sind ebenso sehr bestandene MitarbeiterInnen von Banken, Versicherungen und Informatikfirmen.

Es hat sich also eine bedeutsame Verschiebung der sozialpolitischen Folie ereignet. In einer Zweidrittelgesellschaft werden in erster Linie diejenigen ausgegrenzt, die über keine oder «niedrige» Qualifikationen verfügen – die andern wännen sich auf der sicheren Seite; sie müssen zwar zunehmend chrampfen, haben aber Vollanschluss an die wirtschaftlichen Erfolge. In der 2-2-6-Gesellschaft ist dies anders: Der Grossteil der Bevölkerung ist jetzt vom sozialen Abstieg bedroht.

Die laufende bürgerliche Fiskalpolitik wird diese Verschiebungen akzentuieren. Eine künftige «Mittelstands»familie wird ihren zwei Kindern jährlich Fr. 5'000.– Studiengebühren bezahlen und gleichzeitig den betagten Eltern finanziell unter die Arme greifen, weil der Vater mit 61 die Stelle verliert und die Zeit bis zur Pensionierung überbrückt werden muss. Wenn dann der Hauptnährer noch entlassen wird...

Der Kampf um die Köpfe der «Mittelschichten»

Welche Konsequenzen ziehen die Mittelschichten aus ihrer neuen Lage? Neigen sie zu solidarischen Konzepten, zu Gewerkschaften und zu Formen des Widerstands? Oder lassen sie sich für eine ver-

schärfte Entsolidarisierung gewinnen: jedeR gegen jedeN und alle gegen vermeintliche SchmarotzerInnen?

Hier kommt nun die unverfrorene Politik zum Zuge, den Angriff so zu führen, dass die Angegriffenen freiwillig nach den Waffen greifen, mit denen sie geschlagen werden sollen: der Steuer- und Sparpolitik einerseits, der sozialen Diffamierung andererseits.

Die erste Waffe: Man rede den Leuten ein, der gefrässige Staat sei an der Verschlechterung ihrer Situation schuld, ihre Steuerbelastung steige unaufhörlich, und nur die redlichen Neoliberalen könnten sie davon bewahren, von der Steuerlast demnächst gänzlich erstickt zu werden. Das kommt in den Köpfen der Leute an: Der Bund hat im Jahre 2002 in einer Umfrage bei 1'500 Leuten ermittelt, dass 33% der Überzeugung sind, die Steuern in der Schweiz seien höher als im Schnitt der EU, und 24% meinen, sie seien gleich hoch.

Die zweite Waffe: Man suggeriere, die Zahl der Sozialschmarotzer, der Schein-Invaliden, der sich nur für die Sicherheit des eigenen Jobs interessierenden Staatsbediensteten nehme dramatisch zu und nur eine rigide Sparpolitik könne dieser Entwicklung Einhalt gebieten. Zudem brauche man die demographische Entwicklung dafür, um die Jungen gegen die Alten aufzubringen.

Füsse und Köpfe bewegen: eine sozialpolitische Gegenmacht

Diese Entwicklung fordert uns Linke heraus. Es muss uns in den nächsten Jahren gelingen, eine reale soziale Gegenmacht aufzubauen. Institutionelle Politik und Abstimmungskämpfe werden nicht ausreichen. Schon die Entwicklung der letzten Jahre lässt ahnen, worum es geht.

Zweimal konnte die Linke offensiv die Themen setzen und – gegen den neoliberalen Trend – Erfolge verbuchen: bei der

Auseinandersetzung um einen akzeptablen Mindestlohn von Fr. 3'000.– netto und bei der Herabsetzung des Rentenalters für das Bauhauptgewerbe auf 60 Jahre.

In beiden Fällen wurden die Erfolge von realen Mobilisierungen getragen – von Menschen, die sich solidarisch für ihre Anliegen einsetzen.

Es ist diese reale solidarische Kraft, die in den Köpfen der Menschen weitaus mehr bewirkt als das argumentative Streiten bei Wahlen und Abstimmungen. Köpfe bewegen sich viel leichter, wenn sie von Füßen getragen werden. Nur schon das anschauliche Beispiel anderer, die sich bewegen und dabei etwas erreichen – zum Beispiel des Streiks bei der ZEBÄ-Wäscherei –, wirkt oftmals weitaus stärker als das beste Argument.

Den Gewerkschaften kommt deshalb in den kommenden Jahren eine Schlüsselrolle zu. Sie sind diesmal besser gerüstet als auch schon: Die Fusion von GBI, SMUV, VHTL und unia zur neuen UNIA ist vor allem als Projekt angelegt, mit dem

die Kräfte für die gewerkschaftliche Belegung des Dienstleistungssektors freigesetzt werden sollen. Das Pilotprojekt //syndikat, das sich vornehmlich an IT-Angestellte richtet, hat Tritt gefasst.

Eine besonders bedeutsame Rolle kommt dem Personal der öffentlichen Dienste zu. Sie sind es, die mit ihrer direkten Mobilisierung die eigenen Arbeitsbedingungen verteidigen und gleichzeitig das Bindeglied zur Verteidigung des Service public schaffen können.

Was wir jetzt brauchen, ist eine möglichst gute Verzahnung von sozialen Bewegungen, gewerkschaftlichen Mobilisierungen und politischer Arbeit. Damit die Köpfe Füße bekommen und möglichst weit getragen werden.

Beat Ringger ist Zentralsekretär der Gewerkschaft VPOD und Mitinitiant des «Denknetz». Er war massgeblich am Aufbau der neuen Online-Gewerkschaft //syndikat beteiligt.

**Köpfe bewegen
sich viel leichter,
wenn sie
von Füßen
getragen werden.**

Denknetz-Tagung «Der neue Glanz der Gleichheit»

Das Denknetz ist ein Forum für den Austausch zu aktuellen Themen aus Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik. Es ist den Grundwerten der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität verpflichtet. Das Denknetz konstatiert zunehmende soziale Ungleichheiten und eine Tendenz zur Entsolidarisierung in der Gesellschaft. Es will die Mechanismen dieser Dynamik besser verstehen und Alternativen erkunden und diskutieren, so z.B. mit der Tagung:

«*Der neue Glanz der Gleichheit*»
Samstag, 26. Juni, 9.30–16.45 Uhr,
Hotel Bern, Bern

Die Ausgangsthese der Tagungsveranstalter lautet: Gleichheit ist ein zentraler, unabdingbarer Orientierungswert aller republikanisch verfassten Gesellschaften.

ReferentInnen:

- Prof. Peter Ulrich, Universität St.Gallen
- Louis Chauvel, Chercheur à l'Observatoire Français des Conjonctures Economiques (OFCE) et à l'Observatoire Sociologique du Changement (OSC), enseignant à l'Université de Genève
- Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann, Hochschule Bremen
- Thorsten Schulten, wissenschaftlicher Mitarbeiter im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung

Tagungsgebühr: Fr. 120.–
(Fr. 40.– in Ausbildung/Arbeitslosigkeit)

Anmeldung per E-Mail an
tagung@denknetz-online.ch
Die Teilnehmezahl ist beschränkt.

Weitere Informationen zu Tagung und Denknetz unter:
www.denknetz-online.ch.



